



**Protokoll**

**33. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 13. Dezember 2021, 18:00 - 21:30 Uhr**  
Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

**Vorsitz** Beat Kilchenmann, Präsident

**Protokoll** Nicolas Thoma, Sekretärin-Stv.

**Anwesend** 35

**Entschuldigt** Leila Drobi

**Besonderes** Beschränkung auf Presseöffentlichkeit, damit Teilnahme für Abteilungsleitende und Delegation der Schulpflege möglich ist.

### **Protokoll**

Das Protokoll der 32. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 22. November 2021 wurde vom Büro am 7. Dezember 2021 genehmigt. Parlamentsmitglieder könnten einen Antrag auf Änderung des Protokolls bis drei Tage vor der Parlamentssitzung beim Präsidenten einreichen. Es ging kein Antrag ein. Das Protokoll ist somit genehmigt.

### **Eintritte Gemeindeparlament**

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 24. November 2021 Arif Satan per 6. Dezember 2021 als Ersatz für Silvia Meier-Jauch gewählt erklärt. Arif Satan nimmt heute das erste Mal als Mitglied an einer Parlamentssitzung teil. Wir wünschen ihm viel Freude und Erfolg in seinem neuen Amt.

### **Eingang Kleine Anfragen**

Dominic Schläpfer hat am 26. November 2021 eine Kleine Anfrage betreffend "Kosten für Stilllegung von Gasheizungsleitungen" eingereicht.

Daniel Frey hat am 29. November 2021 eine Kleine Anfrage betreffend "Pischte 52" eingereicht.

Markus Weiersmüller hat am 8. Dezember 2021 eine Kleine Anfrage betreffend "Automatisierte Verkehrsüberwachung auf Kantonsstrassen" eingereicht.

### **Beantwortung Kleine Anfragen**

Die Kleine Anfrage von Songül Viridén betreffend "Schwimmunterricht" wurde vom Stadtrat am 24. November 2021 beantwortet.

**Budget 2022, Investitions- und Finanzplan 2021 bis 2025  
Beschluss GP: Vorlage Nr. 12/2021: Antrag des Stadtrats auf  
Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses für  
das Jahr 2022**

**Weisung**

Für das Jahr 2022 wird ein Aufwandüberschuss von 5.726 Mio. Franken budgetiert. Die Haushaltsregeln werden eingehalten. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 3.398 Mio. Franken. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von 19.842 Mio. Franken und Nettoinvestitionen von 0.16 Mio. Franken im Finanzvermögen. Für das Jahr 2022 wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 17 % gerechnet.

Der einfache Gemeindesteuerertrag kann gegenüber dem Budget 2021 um 3.1 Mio. Franken erhöht werden, er liegt für das Jahr 2022 bei 53.1 Mio. Franken. Der Steuerfuss soll von 111 % auf 116 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) erhöht werden.

Der Stadtrat hat das Budget 2022 der Stadt Schlieren geprüft und für richtig befunden.

**Der Stadtrat beschliesst:**

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:
  1. Das **Budget 2022** der politischen Gemeinde Schlieren wird wie folgt genehmigt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	Gesamtaufwand	Fr. 177'179'300.00
	Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	Fr. 109'857'300.00
	<b>Zu deckender Aufwandüberschuss</b>	<b>Fr. -67'322'000.00</b>
<b>Investitionsrechnung VV</b>	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 21'292'400.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 1'450'000.00
	<b>Nettoinvestitionen VV</b>	<b>Fr. 19'842'400.00</b>
<b>Investitionsrechnung FV</b>	Ausgaben Finanzvermögen	Fr. 510'000.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr. 350'000.00
	<b>Nettoinvestitionen FV</b>	<b>Fr. 160'000.00</b>

2. Der **Gemeindesteuerfuss 2022** wird auf 116 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von 53.1 Mio. Franken.

<b>Einfacher Gemeindesteuerertrag (100%)</b>		Fr. 53'100'000.00
<b>Steuerfuss</b>		116%
<b>Erfolgsrechnung</b>	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. -67'322'000.00
	Steuerertrag bei 116%	Fr. 61'596'000.00
	<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>Fr. -5'726'000.00</b>

3. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zu Lasten des zweckfreien Eigenkapitals.

## **Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Die RPK hat die Vorlage geprüft. Sie empfiehlt dem Parlament folgendes zu beschliessen:

1. Einstimmig mit 6 zu 0 dem Budget 2022 der politischen Gemeinde Schlieren zuzustimmen.
2. Mehrheitlich mit 4 zu 2 den Gemeindesteuerfuss 2022 auf 111 % (Vorjahr 111 %) der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festzusetzen. Dies ist entgegen dem Antrag des Stadtrats von 116 %. Wird die Empfehlung der RPK-Mehrheit vom Gemeindeparlament gutgeheissen, ist das Budget 2022 der politischen Gemeinde Schlieren entsprechend anzupassen.

Schlieren, 8. Dezember 2021

Der Präsident: Boris Steffen  
Die Protokollführerin: Nicole Hollenstein

## **Bericht der Rechnungsprüfungskommission**

Boris Steffen zeigt zur Veranschaulichung seines Votums eine Präsentation. Die Erfolgsrechnung zeigt gegenüber dem Budget 2021 eine Ertragssteigerung von 6.3 Mio. Franken und eine Aufwandssteigerung von 4.5 Mio. Franken. Mit einem Aufwandüberschuss von 5.726 Mio. Franken, ist der Verlust gegenüber dem Budget 2021 um 1.86 Mio. Franken tiefer. Auf der Aufgabenseite ist zu berücksichtigen, dass das Budget 2021 auf einem Steuerfuss von 111 % basiert und das Budget 2022 auf dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Steuerfuss von 116 %. Die grössten Nettounterschiede gegenüber dem Vorjahr finden sich aber auf der Aufwandseite: 0.2 Mio. Franken beim Personalaufwand, obwohl aus der Stilllegung der Pflegewohnungen Giardino Einsparungen resultieren, beim Sach- und Betriebsaufwand 0.5 Mio. Franken, durch die neue Basis für die Berechnung des Unterhalts, und 3.9 Mio. Franken beim Transferaufwand für mehrere Posten. Auf der Ertragsseite stehen 9.4 Mio. Franken mehr Fiskalertrag aus der Steuerfusserhöhung auf 116 %, aber auch der einfache Steuerertrag bei 100 % steigt. Verloren gehen 2.3 Mio. Franken Entgelt durch Gebühreneinnahmen durch die Stilllegung Giardino und einer ungenügenden Auslastung der Gesellschaftsräume. Am Schluss verringert sich noch der Finanzertrag um 0.8 Mio. Franken aus nicht realisierten Buchgewinnen. Bei der Investitionsrechnung ist geplant, 21.292 Mio. Franken ins Verwaltungsvermögen zu investieren. Dieser Investition stehen Einnahmen von 1.450 Mio. Franken gegenüber, was eine Nettoinvestition von 19.842 Mio. Franken bedeutet. Dabei sind rund 3.9 Mio. Franken auf die Realisierungsquote bereits berücksichtigt. Die 19.842 Mio. Franken setzen sich durch eine Selbstfinanzierung von 3.398 Mio. Franken (vereinfachte Cashflow-Methode) und einem Finanzierungsfehlbetrag von 16.444 Mio. Franken zusammen. Durch die Neuverschuldung beträgt der Selbstfinanzierungsgrad noch 17.1 %. Ein Selbstfinanzierungsgrad von weniger als 50 % wird als ungenügend bewertet. Gut wären 100 %. Im Finanzvermögen werden Fr. 330'000 in Sachanlagen investiert und Fr. 350'000 aus dem Verkauf von Sachanlagen. Mit dem Übertrag von Fr. 180'000 aus Gewinn aus Sachanlagen in die Erfolgsrechnung bleibt eine Nettoinvestition von Fr. 160'000 im Finanzvermögen. Mit einem Aufwandüberschuss von 5.726 Mio. Franken sind die Vorgaben zum Haushaltsgleichgewicht eingehalten. Der zulässige Aufwandüberschuss darf maximal Fr. 11'623'580 hoch sein. Die selbstauferlegten Regeln zu den Spezialfinanzierungen und Gemeindebetrieben hat eine Entnahme bei der Gasversorgung zur Folge. Mit Fr. 1'939 pro Einwohnerin bzw. Einwohner, ist die Nettoverschuldung relativ gering.

**Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass die Parlamentsmitglieder Manuel Kampus und Olivia Boccali eingetroffen sind. Somit sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend.**

## **Stellungnahme der Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften**

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass die Stadt in der jüngeren Vergangenheit eine sehr positive Entwicklung erlebte und sich an einem Punkt mit grossen Chancen und Herausforderungen befindet.

Die finanziellen Auswirkungen des Wachstums, der umfangreichen Investitionen, der Corona-Pandemie, der Steuerreform und der noch unsicheren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, gilt es mit Sachverstand und Weitblick abzufedern. Schlieren zieht viele neue Einwohnerinnen und Einwohner an. Darunter auch zahlreiche Familien. Zeitgemässe Schulinfrastrukturen, lebendige Quartiere mit attraktiven Aufenthaltsorten und gesunde und gepflegte Erholungs- und Freizeiträume sind von grosser Bedeutung. Schlieren ist Sportstadt, lebt Integration, verbindet Generationen und pflegt Traditionen. Mit der Realisierung der Grünen Mitte und der damit verbundenen Erweiterung des Stadtparks, bietet sich eine einmalige Chance. Die Schlieremer Wirtschaft befindet sich in einer erfolgreichen Transformation. Mit mutigen Weichenstellungen wurde Schlieren zum Hotspot mit nationaler Ausstrahlung in Sachen Start-ups. Sehr viele der rund 20'000 Arbeitsplätze in Schlieren sind für hochqualifizierte Arbeitnehmende attraktiv. Im übergeordneten Leitsatz der aktuellen Legislatur heisst es, dass Schlieren eine attraktive Wohn-, Arbeits- und Begegnungsstadt ist. Es gilt, noch viele Ziele zu erreichen. Es ist unabdingbar, dass die Stadt dafür gerüstet ist. Ein mittel- und langfristig solider Finanzhaushalt ist wichtig. Der Stadtrat erarbeitete das vorliegende Budget mit Ernsthaftigkeit und Sorgfalt. Das Budget wurde in zahlreichen Gesprächen und Diskussionen geschärft. Der Stadtrat hält es für angemessen. Er geht davon aus, dass diejenigen, die den Steuerfuss auf 111 % belassen möchten, Vorschläge für substanzielle Einsparungen oder Minderausgaben haben werden. Dem Stadtrat ist aufzuzeigen, welche Leistungen nicht nötig sind. Sollte dies nicht der Fall sein, nimmt das Parlament in Kauf, dass die Stadt ein um 3 Mio. Franken höheres Defizit schreibt und nahezu jeder Franken an Investitionen mit zusätzlichem Fremdkapital bezahlt wird. Die Verschuldung steigt stärker an, das Eigenkapital wird aufgezehrt, der Spielraum wird eingeschränkt und es werden keine Reserven gebildet. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Der Stadtrat bittet das Parlament um ein Zeichen für einen langfristig stabilen Finanzhaushalt. Die nächste Generation wird es verdanken.

### **Allgemeine Diskussion**

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP mit dem Budget unzufrieden ist. Wie jedes Jahr, wird das Resultat sein, dass die Mehrheit des Parlaments keine Steuererhöhung will, sondern eine Minderung an Ausgaben und Investitionen. Der Stadtrat ignorierte diese Zeichen einmal mehr. Die Fraktion SVP nimmt auch die vielen nachvollziehbaren Gründe des Stadtrats für dieses Vorgehen zur Kenntnis. Dennoch entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat die Mehrheit des Parlaments nicht ernst nimmt und auf Zeit spielt, in dem er hofft, dass sich das Parlament ab nächstem Jahr nicht mehr aus einer bürgerlichen Mehrheit zusammensetzt. Dafür ist der Stadtrat bereit, ein um 3 Mio. Franken schlechteres Budget in Kauf zu nehmen. Die Fraktion SVP hat eine Rückweisung des Budgets in Erwägung gezogen. Damit verbunden gewesen wäre der Auftrag, ein Budget mit einem Steuerfuss von 111 % zu präsentieren, dessen Aufwand um 3 Mio. Franken reduziert ist. Die Fraktion SVP ist sich bewusst, dass das einen Leistungsabbau zur Folge hat und sie ist sich auch bewusst, dass das kaum mehr realisierbar ist. Aus diesem Grund hat die Fraktion SVP nochmals auf diesen Antrag verzichtet. Aber so darf es nicht mehr weitergehen. Der Stadtrat hat sich im Bewusstsein darum, dass das Parlament das Budget und den Steuerfuss festlegt, der Parlamentsmehrheit unterzuordnen. Und der Stadtrat muss sich den finanziellen Möglichkeiten der Stadt anpassen. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, dies zu tun. Sonst treffen sich Parlament und Stadtrat wiederum vor dem Bezirksrat. So lange der Stadtrat eine gänzlich andere Strategie fährt, als die Mehrheit des Gemeindeparlaments, erachtet es die Fraktion SVP als sinnlos, Anträge zu stellen. Gleichwohl erwartet die Fraktion SVP vom Stadtrat, dass er jede Ausgabe in der Erfolgs- und Investitionsrechnung auf ihre Notwendigkeit hin prüft, auch wenn sie via Budget freigegeben wurde.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass sich die Coronakrise im Budget bemerkbar macht. Zum Beispiel bei den Alterseinrichtungen oder den Weiterbildungen. Auch bemerkbar macht sich die bürgerliche Steuerpolitik. Der Finanzplan zeigt, dass es an der Zeit ist, zu handeln. Das Parlament trägt die Verantwortung für diese unseriöse und nicht nachhaltige Steuerpolitik. Auch die RPK stellte fest, dass das Defizit mit einem Steuerfuss von 111 % immer grösser wird. Dennoch beantragt sie mehrheitlich, den Steuerfuss bei 111 % zu belassen. Mit diesem politischen anstatt sachlichen Entscheid, hat die RPK ihre Aufgabe nicht wahrgenommen. Die Grünen stehen für Nachhaltigkeit und Sachlichkeit und unterstützen demzufolge eine Erhöhung des Steuerfusses.

Kushtrim Aziri (SP) erklärt, dass die stark wachsende Bevölkerung zwar ein Hinweis dafür ist, dass die Stadt an Attraktivität gewinnt und im Vergleich zu ihren Nachbarn in vielen Bereichen überdurchschnittlich gut abschneidet, aber trotzdem darf nicht unterschätzt werden, dass damit auch die Verantwortung für die vielen Problemfelder steigt. Es werden mehr schulische Angebote in verschiedenen Formen benötigt, kulturelle Angebote müssen gefördert werden, damit verschiedene Bedürfnisse befriedigt werden können. Die Infrastruktur zum Verkehr soll weiter danach ausgerichtet werden, dass nicht nur Auto-Verkehrsteilnehmer davon profitieren können. Es ist unwahrscheinlich, dass schnelle Lösungen für die gegenwärtigen Probleme gefunden werden. Wer jetzt denkt, dass sich die Stadt passiv verhalten sollte und der Bevölkerung sowie den Unternehmen freien Lauf gewähren soll, unterschätzt damit den Einfluss, den die Stadt auf die Bewerkstelligung aller Probleme in den letzten paar Jahren gehabt hat. Durch Investitionen im Schulbereich, dem Versuch zur Erstellung neuer Grünflächen und dem Ausbau der Infrastruktur wurde nicht zuletzt den vielen Unternehmen die Möglichkeit angeboten, sich stolz mit der Verbundenheit zu Schlieren zu brüsten. Gesunde Beziehungen beinhalten ein Geben und Nehmen und damit die Stadt weiterhin stolz sein kann und für das Limmattal und den gesamten Kanton Zürich eine Vorbildfunktion einnehmen kann, muss die Stadt weiterhin investieren. Die Fraktion SP setzt sich dafür ein, dass die Stadt diese Möglichkeit weiterhin hat.

Sarah Impusino (DM) erklärt, dass die Fraktion DM/EVP mit dem Budget nicht glücklich ist. Es überbietet ein weiteres Mal um ein Vielfaches. Der Sparauftrag wurde wiederum nicht umgesetzt. Dass sich weiterhin nicht notwendige Posten im Budget befinden, ist für die Fraktion DM/EVP nicht nachvollziehbar. Beispiele sind: Sanierung Spielplatz Gugel. Der Stadtrat verweist auf eine Umfrage die besagt, dass der Spielplatz sehr geschätzt wird. Die Fraktion DM/EVP hat dort noch nie Kinder spielen sehen und fragt sich deshalb, wer die Befragten sind. Vor einem Jahr strich das Parlament diese Position. Die Situation ist unverändert, weshalb sich die Position wiederum nicht im Budget finden sollte. Ein weiteres Beispiel ist das Notstromaggregat, das vor einem Jahr zu einer ausgedehnten Diskussion führte. Der Stadtrat setzte sich sehr dafür ein, dass es im Budget blieb. Es wurde bis dato noch nicht beschafft und findet sich im Budget 2022 nicht mehr. Offenbar war es doch nicht so wichtig, wie der Stadtrat vor einem Jahr darlegte. Oder der Stadtrat ist sich der Wichtigkeit des GFOs, der nicht nur auf dem Papier existieren sollte, nicht bewusst. Auch versteht die Fraktion DM/EVP nicht, wo das Entlastungsprogramm abgeblieben ist. Es entsteht nicht das Gefühl, dass im vorliegenden Budget irgendwo gespart wird. Die Bevölkerung von Schlieren ist nicht mehr in der Lage, Dinge, die nicht zum alltäglichen Geschäft gehören, zu finanzieren. Die Verschuldung des einzelnen Einwohners steigt ins Unermessliche. Solange der Stadtrat die Notwendigkeit des Sparens nicht einsehen, wird sich aus dieser Misslage kein Ausweg finden.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die Fraktion GLP bemerkt hat, dass der Gürtel enger geschnallt wird. Nicht nachvollziehbar ist das Votum der Fraktion SVP, welches befürchtet, dass Kürzungsentscheidungen zu einer Auseinandersetzung vor dem Bezirksrat führen könnten. Weshalb sollte der Stadtrat Entscheidungen des Parlaments, die in der Kompetenz des Parlaments liegen, an den Bezirksrat weiterziehen? Dieses vermeintliche Argument zeigt auf, dass die Fraktion SVP genau weiss, dass es kaum noch Möglichkeiten zu kürzen gibt. Weil der Gürtel in den nächsten Jahren im Bereich der Investitionen eng geschnürt wird, verzichtet die Fraktion GLP bewusst auf Anträge zum Budget. Sie will ihn nicht noch enger schnüren. Auch wenn nicht jeder über alle Einsparungen glücklich ist und es für die Stadt sicherlich kein Zuckerschlecken sein wird, ist heute schon ganz klar, dass sehr bald ein noch engerer Gürtel kommt und dann ist zu prüfen, ob er sich überhaupt noch schliessen lässt. Die Fraktion GLP unterstützt gesundes Sparen und lehnt ungesundes Sparen ab. Der aktuelle Kurs der bürgerlichen Mehrheit ist ungesund.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass es beim Budget nur um Geld und nicht um Leben und Tod, geht. Geld regiert die Welt. Aber nicht auf Gemeindeebene. Da regieren die Verwaltung und die Politik über das Geld der Schlierer Einwohner. Diese Einleitung weist darauf hin, dass die Budgetdebatte nicht so ernst genommen werden soll und, dass man den einen oder anderen Punkt mit einem Schmunzeln zur Kenntnis nehmen soll. Der QV ist erheitert, dass die Stadt auch in dieser Zeit neue Fahrzeuge für die Feuerwehr, Wasserversorgung und weitere Bereiche anschafft, obschon nun die Limmattalbahn fährt. Ein besonderer Dank geht an die Verwaltung im Bereich der Gasversorgung

dafür, dass sie weiterhin ein so hohes Eigenkapital von 13.7 Mio. Franken erwirtschaften wird. Daraus ergibt sich die Lösung für alle Probleme. Sie ist einfach, genial und es benötigt keine Streichungsanträge mehr. Der QV wird in der Detailberatung beantragen, bei der Gasversorgung eine kleine, ausserordentliche, massvolle Gewinnentnahme von 2.66 Mio. Franken vorzunehmen und in den allgemeinen Finanzhaushalt zu verschieben. So kann der Steuerfuss bei 111 % belassen werden und trotzdem beträgt der Aufwandüberschuss nur die vom Stadtrat budgetierten 5.726 Mio. Franken. Die eigene Vorgabe zur Kürzung des Eigenkapitals bei einer Anlagendeckung von über 150 % hilft bei der Realisierung dieses Vorhabens. Der Anlagendeckungsgrad liegt damit noch immer über 150 %, insbesondere deshalb, weil das Anlagevermögen der Gasversorgung weiter schmilzt. Somit kann einem Defizit auch im nächsten Jahr wieder mit derselben Lösung begegnet werden.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass eine Steuerfusserhöhung für die Fraktion FDP nicht in Frage kommt. Seit Jahren drängt eine bürgerliche Mehrheit des Parlaments darauf, dass die Stadtverwaltung nachhaltig spart und beim Geldausgeben Mass hält. Die Fraktion FDP wünscht sich, dass Kredite ohne Nachtragskredite eingehalten werden, dass die Gesamtausgaben prozentual weniger stark steigen als die Zahl der Einwohner oder dass sich bei Neuanschaffungen die Preissenkungen am Markt an günstigeren Beschaffungs- oder Unterhaltskosten der Stadt niederschlagen. Effizienzsteigerung würde man dies nennen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Verwaltung wird immer wie ineffizienter. Die Gesamtausgaben pro Einwohner steigen stetig. Die Folge ist mehr Personal. Dies zieht noch anderes mit sich. Ein neues Stadthaus zum Beispiel. Dabei wäre im Stadthaus noch für viele Jahre Platz, wenn die Raumaufteilung optimiert würde. Der Stadtrat verweist wieder auf anstehende Schreckensszenarien. Zum Beispiel unausgeglichene Erfolgsrechnungen, sinkendes Eigenkapital, hoher Investitionsbedarf, ungenügenden Selbstfinanzierungen, hohe Finanzierungsfehlbeträge sowie starke Neuverschuldung. Aus Sicht der Fraktion FDP liegen die aufgeführten Probleme ganz einfach daran, dass die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Auch beim Finanzplan ist es immer wieder das Gleiche. Bei jedem Budget weist der Stadtrat darauf hin, dass es nächstes Jahr schwierig werde. Seit 2010 war das Ergebnis immer besser als prognostiziert. Sogar nach der Steuersenkung vorletztes Jahr wurde behauptet, die Stadt rutsche danach in die roten Zahlen. Budgetiert waren Steuereinnahmen von 72.8 Mio. Franken. Tatsächlich eingenommen wurden 79.7 Mio. Franken. Also fast 7 Mio. Franken bzw. 10 % mehr als budgetiert. Generell wird vom Stadtrat seit vielen Jahren viel zu pessimistisch budgetiert. So wurde von 2013 bis 2020 für sieben von acht Jahren rote Zahlen budgetiert. Tatsächlich schlossen die entsprechenden Jahresrechnungen im Durchschnitt um über 3.6 Mio. Franken besser ab. Nur gerade in zwei von acht Jahren resultierte ein knapper Aufwandüberschuss. 950 neue Stellenprozente werden geschaffen, also 9.5 neue Stellen. Der Stadtrat weiss selbst am besten, wo gespart werden kann. Auch die Fraktion FDP stellt keine Anträge. Die Effizienz ist zu erhöhen, Sparmassnahmen sind zu treffen. In diesem Sinne wird die Fraktion FDP weiter auf aus dem Ruder laufende Kosten hinweisen. Dies jedoch ohne sich in stundenlange, müssige Einzeldiskussionen zu verstricken. Mit dem Signal, dass der Steuerfuss auf keinen Fall zu erhöhen ist, zeigt die Fraktion FDP dem Stadtrat einmal mehr, dass sie mit der Ausgabenpolitik nicht einverstanden ist, und dass es der Stadtrat endlich unterlassen soll, noch tiefer in das Portemonnaie der Steuerzahlenden zu greifen.

## **Detailberatung zum Budget 2022**

### **Erfolgsrechnung Institutionelle Gliederung (S. 30-34)**

#### **Antrag Quartierverein**

#### **Gewinnentnahme Gasversorgungsfonds und Überführung von 2.655 Mio. Franken in den allgemeinen Haushalt**

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass die Gasversorgung über ein grosses Eigenkapital verfügt. Die selbstauferlegte Regel besagt, dass Eigenkapital von Werken nicht zu hoch ausfallen darf. Diese Regel soll eingehalten werden. Der QV beantragt eine ausserordentliche zusätzliche Gewinnentnahme von 2.655 Mio. Franken aus dem Gasversorgungsfonds zu Lasten der Gasversorgung (Inst. Gliederung 711 / Funktionale Gliederung 8721) und deren Überführung in den allgemeinen Haushalt. Damit wird das mutmassliche Defizit, welches aus dem Umstand entsteht, dass wohl das Budget

angenommen, der Steuerfuss aber bei 111 % belassen wird, etwas gemindert. Die Anlagendeckung der Gasversorgung wird nach dieser Entnahme weiterhin bei ca. 147 % liegen, was der Obergrenze der selbstaufgestellten Regel entspricht, die bei 75 % ihre Untergrenze hat.

**Parlamentspräsident Beat Kilchenmann spricht ein Time-Out von fünf Minuten zur Beratung des Antrags aus.**

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass eine Entnahme aus den Reserven der Gasversorgung und Überführung in den allgemeinen Haushalt eine Zweckentfremdung ist. Die Gasversorgung sollte nicht für die gute Haushaltsführung bestraft werden. Deshalb könnte es sein, dass ein solches Vorgehen grundsätzlich nicht mit geltendem Recht vereinbar ist. Falls es vereinbar sein sollte, müsste aufgrund der Zweckentfremdung sicherlich ein Erlass gemacht werden. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP den Antrag ablehnt. Dieses Geld wurde durch die immer kleiner werdende Gruppe der Gasbeziehenden generiert. Es müsste an diese zurückerstattet werden oder zumindest ihnen zu Gute kommen. Auch wäre der Spardruck auf den Stadtrat mit dem kleineren Defizit nicht mehr gegeben.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass die Grünen den Antrag ablehnen. Wenn überhaupt Gelder aus der Gasversorgung entnommen werden sollen, dann um den Umbau in Richtung erneuerbarer Energien zu unterstützen. Eine Entnahme zur Rechtfertigung der Beibehaltung des Steuerfusses, wäre nicht nachhaltig.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass die Fraktion SP den Antrag ablehnt. Der Gaspreis wird 2022 bis zu 45 % erhöht. Der derart höhere Preis wäre nicht nachvollziehbar, wenn gleichzeitig genügend Reserven vorhanden sind, um eine Überführung in den allgemeinen Haushalt vorzunehmen.

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP der Meinung ist, dass der Antrag aufgrund der Zweckgebundenheit der Gelder nicht rechtmässig ist. Aus diesem Grund wird sie ihn ablehnen.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die Fraktion GLP den Antrag ablehnt. Die Umsetzung dieses Antrags hätte Charakter einer Enteignung.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass eine massvolle Abgabe gemäss Handbuch Finanzhaushalt zulässig ist. Der QV ist für die Rückgabe der Gelder an die Gasbeziehenden. Nur wurde bisher nie ein solcher Antrag vorgelegt. Mit diesem Betrag im allgemeinen Haushalt könnte der Rückbau von Gasleitungen finanziert werden.

Dominic Schläpfer (FDP) fragt den Stadtrat, wieso eine Erhöhung der Tarife notwendig ist, wenn die Gasversorgung über so viel Eigenkapital verfügt. Man hätte doch auf die Erhöhung verzichten und so das Eigenkapital senken können.

Stadtrat Andreas Kriesi erklärt, dass der Gaseinkaufspreis weltweit enorm stark gestiegen ist und deshalb die Erhöhung notwendig ist.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass seine Frage nicht beantwortet wurde, was nicht zufriedenstellend ist. Er erwartet vom Stadtrat, dass seine Frage ernstgenommen wird.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass 1 Mio. Franken aus dem Fonds genommen wurden, damit die Erhöhung nicht ganz so stark wird für die Gasbeziehenden. Die Frage an den Stadtrat hätte vielleicht lauten können, weshalb nur 1 und nicht 2 oder 3 Mio. Franken.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

## **Abstimmung Antrag des Quartiervereins**

Abgelehnt mit 32 zu 2 Stimmen.

## **Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (S. 35-60)**

### **Präsidiales (S. 36-38)**

#### **Frage der Grünen ((Kto. 100.30, S. 36) von RPK nicht weitergeleitet)**

***"Die Begründung stimmt der Meinung der Grünen nach nicht: Stellenplanerhöhung sowie neu Verbuchung in diesem Konto. In diesem Konto wurde auch schon früher etwas verbucht, somit ist wohl eine Neuverbuchung gemeint, bspw. des Standortförderers? Begründung bitte richtig formulieren."***

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass der Wortlaut neu Verbuchung daraufhin deutet, dass in diesem Konto noch nie eine Buchung stattgefunden hat. Zusammengeschrieben bedeutet das Wort Neuverbuchung, dass die Stellenplanerhöhung nun wohl neu in diesem Konto verbucht wird. Es geht um eine redaktionelle Anpassung, die vorzunehmen ist.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass die Frage zwar nicht weitergeleitet, von der RPK aber in Frage bzw. Antwort 20 beantwortet wurde. Der Stadtrat ist angehalten, kurz und bündig zu antworten. Vorliegend ist die Antwort allenfalls etwas gar kurz geraten. Über korrektes Deutsch diskutiert der Stadtrat im Parlament nicht. Sachlich ist die Begründung korrekt. Die Standortförderung wurde vom Konto 150 auf das Konto 100 transferiert, weil der Kontenkreis Leben und Entwicklung aufgelöst und grösstenteils in den Kontenkreis Gesellschaft überführt wurde. Nur die Standortförderung wurde zur Stadtkanzlei übertragen. Die Stellenplanerhöhung erfolgt im Bereich Kommunikation, wo der Stadtrat um rund 90 % aufstocken möchte. Davon entfallen 60 % auf die Kommunikation und 30 % auf die Kommunikation Standortförderung. Diese beiden Positionen machen dann die entsprechenden Beträge aus.

#### **Antrag der Grünen (Kto. 100.31, S. 36)**

**Der Betrag für die Standortförderung soll auf dem Niveau von 2021 von Fr. 146'000 verbleiben. Auf die Erhöhung um Fr. 27'000 auf neu 173'000 ist zu verzichten.**

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass das Entlastungsprogramm zu Mehrkosten für die Bevölkerung führte. Beispielsweise die Bewohnenden städtischer Alterseinrichtungen oder Familien aufgrund von verteuerten Schulangeboten. Investitionen werden seit Jahren reduziert und Sozialleistungen ausgelagert. Ausgerechnet für die Wirtschaftsförderung soll mehr Geld gesprochen werden. Ein Affront gegenüber allen, die durch die Sparprogramme zur Kasse gebeten wurden. Unlängst hat sich Andreas Geistlich, Präsident der Wirtschaftskammer und Mitglied der FDP, trotz der finanziell schwierigen Lage der Stadt, öffentlich gegen eine Steuerfusserhöhung ausgesprochen. So soll konsequenterweise die Wirtschaft auch den Tag der Wirtschaft selbst finanzieren. Immer vom Sparen reden, aber wenn es um die eigene Kasse geht, die hohle Hand machen, das geht nicht.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass Schlieren nicht nur ein grosses Bevölkerungswachstum verzeichnet, sondern auch die Anzahl an Beschäftigten stetig steigt. Es ist eine Spezialität von Schlieren, dass dieses Wachstum in etwa im Gleichschritt erfolgt. Neben 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern gibt es rund 19'000 Erwerbstätige. Mehr als die Hälfte aller Steuereinnahmen kommt von den juristischen Personen. Es ist wichtig, dass diese Unternehmen dem Standort Schlieren treu bleiben. Dabei geht es nicht in der Hauptsache um den Steuerfuss, sondern vielmehr um die rasche Behandlung von Anfragen und genau dieser Punkt soll mit der neuen Wirtschaftsstrategie noch einmal verbessert werden. Der Stadtrat hat die Wirtschaftsstrategie mit Ausgaben von ca. Fr. 183'000 Franken, ohne Personalkosten, am Feierabendgespräch vorgestellt und die sukzessive Erweiterung des Stellenplans von 30 % auf 80 % angezeigt. Im Vergleich mit anderen Schweizer Städten sind das sehr moderate Beträge. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dieses Geld gut investiert

ist. In diesem Konto ist nicht nur der Wirtschaftstag enthalten, sondern es handelt sich um alle Networking-Positionen. Diese Anlässe fördern die Identität mit der Stadt als Standort und sichern somit Steuereinnahmen.

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP den Antrag ablehnt. Die Wirtschaftsförderung generiert indirekt Steuereinnahmen. Eine Kürzung wäre in jeder Hinsicht falsch.

Daniel Frey (FDP) erklärt, dass die juristischen Personen rund 50 % der Steuereinnahmen generieren. Der Stadtrat hat deren Wert richtig erkannt und eine neue Wirtschaftsstrategie verabschiedet. Auch ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung einen super Job macht. Die Fraktion FDP lehnt den Antrag ab.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die Wirtschaft die tragende Säule in Schlieren ist und Schlieren stolz sein kann auf die Standortförderung. Die Fraktion GLP lehnt den Antrag ab.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass der QV dem Argument folgen kann, dass auch bei der Wirtschaft der Gürtel enger zu schnallen ist und den Antrag deshalb unterstützt.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag der Grünen**

Abgelehnt mit 30 zu 4 Stimmen.

#### **Antrag der Fraktion SP (Kto. 100.36, S. 36)**

**Im Konto 100.3638.00 Hilfsaktionen im Ausland, soll wie im 2021 wiederum der Betrag von Fr. 10'000 eingestellt werden. Es soll auch künftig möglich sein, Hilfsorganisationen zu unterstützen.**

Walter Jucker (SP) erklärt, dass keine Ausgaben für Hilfsorganisationen im Ausland mehr vorgesehen sind. Noch im Budget 2017 standen dafür Fr. 55'000 zur Verfügung. Eine Stadt wie Schlieren soll die Möglichkeit haben, Hilfsorganisationen mit Fr. 10'000 unterstützen zu können.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass es sich hierbei um einen Tatbeweis des Stadtrats handelt. In den letzten Jahren wurde mit Vehemenz vom Parlament gefordert, rigoros dort den Rotstift anzusetzen, wo die Schlieremer Bevölkerung keinen Leistungsabbau erfährt. Der Stadtrat hat lange diskutiert, ob es richtig ist, dieser Forderung Folge zu leisten und damit vielleicht jemandem in Afrika das tägliche Brot wegzunehmen. Aber letztlich sind es genau Positionen wie diese, die die Bevölkerung nicht unmittelbar spürt. Es ist darauf hinzuweisen, dass bei allen Positionen massive Kürzungen vorgenommen wurde. Die erste Budgetversion war deutlich höher. Auch bei der Standortförderung wurden beispielsweise Fr. 10'000 gekürzt. Der Stadtrat sieht keine weiteren Möglichkeiten mehr zu sparen. Wenn jetzt noch Kürzungen vorgenommen werden sollen, muss das Parlament sagen wo.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag der Fraktion SP**

Abgelehnt mit 20 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

#### **Frage der Grünen (Kto. 152, S. 37)**

**Aufgrund von mehr Schulklassen und Einwohnern steigt das Stellenpensum bei der Bibliothek. Die Einnahmen steigen aber nicht. Weshalb?**

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass nicht nach Anzahl Schulklassen abgerechnet wird, sondern eine Vereinbarung über einen Pauschalbetrag besteht, welcher nicht jährlich angepasst wird.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass darüber hinaus seit Längerem zu viel Überzeit geleistet wird. Die Erhöhung erfolgt auch zum Schutz vor Überlastung.

#### **Antrag der Fraktion SP (Kto. 160.31, S. 37)**

**Erhöhung um den Betrag von Fr. 20'000, um dem Stadtrat zu ermöglichen, das vom Parlament überwiesene Postulat "Schweizerdeutsch an der Schule" zeitnah umsetzen zu können.**

Walter Jucker (SP) erklärt, dass das Postulat durch das Parlament überwiesen wurde, obwohl der Stadtrat nicht bereit war, es entgegenzunehmen. Um dem Wunsch des Parlaments entsprechen zu können, sollen entsprechende Gelder bereitgestellt werden.

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass der Stadtrat zuerst die Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Postulats prüfen soll. Der Entscheid zum weiteren Vorgehen soll nach der Prüfung wieder durch das Parlament beraten werden. Somit wird die Fraktion FDP den Antrag ablehnen.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass Postulate auch direkt umgesetzt werden können, aber dazu benötigt es Geld und dieses fehlt im Budget.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag der Fraktion SP**

Abgelehnt mit 26 zu 8 Stimmen.

#### **Bildung und Jugend (S. 46-49)**

##### **Frage der Grünen (Kto. 505.30, S. 47)**

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass bei den Erläuterungen zum Mehraufwand "Aufstockung der 6 Schulleitungssekretariate in den Schulen um insgesamt 116 %" steht. Wo findet sich diese Aufstockung im Stellenplan?

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass es sich um den derzeit gültigen Stellenplan, noch ohne das Sekretariat, handelt. Eine detaillierte Antwort wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

#### **Bau und Planung (S. 49-50)**

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass für die Sanierung der Treppe Einzelgliweg Fr. 200'000 im Budget 2021 berücksichtigt waren. Das Parlament entfernte diesen Betrag während der Budgetdebatte, weil sie keine Luxussanierung wollte. Im Budget 2022 finden sich nun Fr. 45'000 für die Sanierung. Die Fraktion SVP ist überzeugt, dass sich noch einige Positionen dieser Art finden und fordert in diesem Zusammenhang den Stadtrat auf, bei Sanierungen den Bedarf genauer zu prüfen.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass die Grünen den Stadtrat bitten, die Begründung im Konto 600.33 auf S. 49 inhaltlich anzupassen. Nicht die Pischte 52, das Verkehrskonzept oder die Planungszone Bauernhäuser investieren, sondern die Stadt.

## **Werke, Versorgung und Anlagen (S. 50-53)**

### **Frage der FDP (Kto. 711.30, S. 51)**

Dominic Schläpfer (FDP) fragt, wieso der Mehraufwand beim Personal in der Gasversorgung nicht mit dem Überschuss finanziert werden kann.

Stadtrat Andreas Kriesi erklärt, dass die Gasversorgung ein Eigenwirtschaftsbetrieb und das Personal ein Teil davon ist. Die Entnahme von Fr. 875'000 ist teilweise dafür da, die gestiegenen Gaspreise zu subventionieren.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weiteren Anträge zum Budget 2022 gestellt werden. Da sämtliche behandelten Änderungsanträge abgelehnt wurden, wird über das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2022 abgestimmt.

### **Abstimmung Budget 2022**

**Dem Budget 2022 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 5'726'000.00 wird mit 25 zu 0 Stimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt.**

### **Steuerfussdebatte**

Die RPK wünscht das Wort nicht.

### **Stellungnahme Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften**

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass der Stadtrat die Zeichen nicht ignoriert hat. Er hat in der Budgetberatung sehr viele Positionen gestrichen oder gekürzt. Obwohl rigoros gespart werden soll, wurden kaum Kürzungsanträge gestellt und jene, die gestellt wurden, hat das Parlament abgelehnt. Der Stadtrat empfiehlt dem Parlament, den Steuerfuss mit Weitblick, passend zum eben genehmigten Budget, festzusetzen. Der Stadtrat hat seine Verantwortung wahrgenommen und ein Budget präsentiert, das mit einem Steuerfuss von 116 % als mittelfristig ausgeglichen gilt. Der Stadtrat spürt kein Interesse vom Parlament an seiner Arbeit. Die heutigen Entscheidungen zu fällen und deren Auswirkungen zu tragen, ist Aufgabe des Parlaments. Aufgabe des Stadtrats ist, die Entscheidungen umzusetzen.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass eine knappe Mehrheit des Parlaments vor zwei Jahren den Steuerfuss um 3 % auf neu 111 % reduzierte. Der Antrag des Stadtrats um Korrektur auf neu wieder 114 % wurde letztes Jahr wiederum von einer Mehrheit abgelehnt. Nun ist der Stadtrat gezwungen, ihn bei 116 % festzusetzen. Schon vor zwei Jahren war fast der Hälfte des Parlaments klar, dass sich Schlieren einen solchen Steuerfuss schlichtweg nicht leisten kann. Die Fraktion GLP ist gegen eine Steuerfusserhöhung auf 116 %. Sie war und ist aber auch gegen die Steuerfussenkung auf 111 %. Die 114 % waren richtig und sind es immer noch. Die Geschicke der Stadt unternehmerisch zu leiten heisst, auf gesunde Finanzen hinarbeiten. Eine Stadt wie Schlieren, die sich mitten im Wandel und Wachstum befindet, kann durch sparen gewisse Kosten nicht einfach wegradieren. Der Steuerfuss in Zürich liegt derzeit bei 119 %, der in Dietikon bei 123 %. Schlieren liegt beim Antrag des Stadtrats mit 116 % immer noch tiefer als die beiden anderen Städte. Die bürgerlichen Parteien fürchten, dass bei 116 % Unternehmen abwandern könnten. Wohin wollen sie denn? Nach Zürich und Dietikon schon mal nicht. Nach Zug, wo zwar der Steuerfuss tief, dafür aber die Mieten enorm hoch sind? 114 % sind kein Wettbewerbsnachteil. 116 % wären es auch nicht. Die Fraktion GLP stellt den Antrag um Festsetzung des Steuerfusses bei 114 %. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, unterstützt die Fraktion GLP den Antrag des Stadtrats um Festsetzung bei 116 %.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden und eröffnet die Diskussion.

## Diskussion Steuerfuss

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass die Entwicklung des einfachen Gemeindesteuerertrags permanent einen erfreulichen Aufwärtstrend zeigt und dies nicht nur wegen des Bevölkerungswachstums. Schlieren nähert sich bei der Steuerkraft immer mehr dem Kantonsmittel, die Ausgaben steigen jedoch noch stärker. Dem könnte mit Leistungskürzungen oder Gebührenerhöhungen begegnet werden. Bei Investitionen lässt sich nur bedingt sparen. Oftmals sind es gebundene Ausgaben oder solche, die sich aus der höheren Einwohnerzahl ergeben. In Schlieren ist der Personalbestand überproportional zur Bevölkerung und den Steuereinnahmen gewachsen. Es wird ausserdem konstant sehr viel Geld für externe Berater und Dienstleister ausgegeben. Würde damit ein ausgeglichenes Budget erreicht, wäre die Fraktion SVP offen für eine Diskussion von 114 %. Für ein ausgeglichenes Budget müsste der Steuerfuss aber bei 120 % festgesetzt werden. Deswegen sind auch die beantragten 116 % nur eine Wischi-Waschi-Lösung. Wenn die Exekutive ehrlich daran interessiert ist, die strukturellen Probleme im Budget zu beheben, muss sie mit diesem Vorschlag an das Parlament gelangen und nicht mit den 116 %. So bleibt der Fraktion SVP nur, bei 111 % zu bleiben.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass es die Grünen als verantwortungslos erachten, den Steuerfuss bei 111 % zu belassen. Der Antrag der GLP für einen Steuerfuss von 114 % reicht in Anbetracht künftiger Ausgaben nicht. Das Entlastungsprogramm, welches aufgrund der Steuerfussenkung im Budget 2014 notwendig wurde, führte dazu, dass das Leben in Schlieren für viele Personen teurer wurde. Die Massnahmen betrafen primär Familien, die ältere Generation, von der Gemeinde abhängige Menschen und die städtischen Angestellten. Offensichtlich verstehen einige Parlamentsmitglieder nicht, was ein zu tiefer Steuerfuss bedeutet. In zwei Leserbriefen in der LiZ war von ehemaligen bürgerlichen Parlamentsmitgliedern zu lesen, dass sie sich über die Erhöhung der Hundesteuer enervierten, gleichzeitig aber während ihrer Parlamentszeit für einen tiefen Steuerfuss und Sparmassnahmen einstanden. Sparmassnahmen, welche zum Entlastungsprogramm führten und dieses wiederum zu einer Erhöhung der Hundesteuern. Sparen ist offenbar nur zu Lasten anderer gewünscht. Es gibt natürlich auch Personen, welche aus purem Idealismus für einen möglichst tiefen Steuerfuss eintreten. In einem Leserbrief von Dominic Schläpfer (FDP), den er unmittelbar nach Veröffentlichung des Budgets veröffentlichte, stand geschrieben, dass die geplante Steuerfusserhöhung nicht sinnvoll sei. Dominic Schläpfer machte diese Aussage also bevor er den Finanzplan kannte und mit grosser Sicherheit auch das Budget noch nicht studieren konnte. Ohne Steuerfusserhöhung werden auch Investitionen gestrichen oder verschoben. Folgendes Beispiel zeigt, dass das keine gute Idee ist: Im Budget 2019 wurde durch die Bürgerlichen die Investition in eine Toilette beim Stadtplatz gestrichen. 2021 wurde eine Kleine Anfrage aus einer bürgerlichen Partei eingereicht, bei der es um Wildpinkler beim Stadt- und Kulturplatz geht. Gefragt wurde, weshalb dort keine Toilette stehe. Solche Diskussionen können verhindert werden, indem der Steuerfuss auf 116 % erhöht wird.

Olivia Boccali (DM) erklärt, dass die Fraktion DM/EVP die Erhöhung auf 116 % oder 114 % als unangemessen und nicht zielführend erachtet. Die Verschuldungsfrage wird mit der erneuten Anhebung des Steuerfusses nicht beantwortet. Die vorhandenen Ressourcen sind effizient zu nutzen und es ist haushälterisch mit ihnen umzugehen. Eine derart starke Erhöhung des Steuerfusses und die damit höhere steuerliche Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner ist unzumutbar.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass die verlangten qualitativ hochwertigen Staatsleistungen, zum Beispiel betreffend Umwelt, kosten. Kosten, die sich die Stadt mit dem jährlich grösser werdenden Defizit bald nicht mehr leisten können. Sollte das Budget der Stadt Kennzahlen nicht einhalten, wird der Kanton beim Budget mitmischen. Das will die Fraktion SP verhindern. Das neue Energiegesetz wurde auch von der Schlieremer Bevölkerung deutlich angenommen. Umweltschutzmassnahmen wie der Umstieg auf nicht fossile Brennstoffe oder die Verhinderung von Hitzeinseln durch mehr Pflanzen, kosten. Sogar Dominic Schläpfer (FDP) wünscht sich in seiner Kleinen Anfrage „Kosten für Stilllegung von Gasheizungsleitungen“, dass die Stadt solche Kosten übernimmt. Für solche Ausgaben ist eine Erhöhung des Steuerfusses notwendig. Aus den genannten Gründen ist die Fraktion SP für eine Erhöhung des Steuerfusses auf 116 %. Dass dies für die durchschnittlichen Steuerzahlenden nur eine kleine Erhöhung zur Folge hat, hat die Fraktion SP in den letzten beiden Jahren ausführlich rechnerisch dargelegt.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass nur so viel Ausgaben getätigt werden dürfen, wie es sozial verträglich für die Stadt ist. Durch das Bevölkerungswachstum fließen mehr Steuergelder in die städtischen Kassen. Insbesondere bei steuerpflichtigen Einkommen ab Fr. 100'000 ist ein massiver Zuwachs feststellbar. Auch bei den juristischen Personen lässt sich ein Aufwärtstrend erkennen. Gutverdienende und juristischen Personen werden die notwendigen Ausgaben in den nächsten Jahren massgeblich mitfinanzieren. Deshalb muss ihnen ein besonderes Augenmerk gelten, wenn eine solidarische Gemeinschaft und das Gemeinwohl für bedürftige Menschen, Senioren und Schulkinder aufrechterhalten werden sollen. Während Privatpersonen und Betriebe zum Teil mit Ausgaben zurückhaltend agieren, scheint die Stadt einen Spielplatz sanieren zu wollen, den niemand benutzt. Ein Prüfen von günstigeren Alternativen ist ebenfalls nicht feststellbar, wie das Beispiel mit den Fr. 50'000 für den Fiat zeigt. Die Fraktion FDP zieht es vor, die Stadt mit einem gleich bleibenden Steuerfuss von 111 % als attraktiven Wohnort und Firmensitz, in unmittelbarer Nähe zum Wirtschaftsmotor Zürich, zu etablieren.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass beim Personalaufwand gespart werden könnte. Der Aufwand steigt nicht nur, sondern auch pro Einwohner. Dieser Verlust an Arbeitseffizienz ist störend. Auch der Sach- und Betriebsaufwand ist in der Tendenz steigend. Das ist nicht stimmig und muss gebremst werden. Jeder Personalausbau führt zu Folgekosten und dieser muss dabei auch berücksichtigt werden. Dass der Stadtrat über die Kompetenz des Sparens verfügt, hat er dem Parlament bis heute noch nicht gezeigt.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass diese Debatte den Stadtrat kopschüttelnd, ratlos, sprachlos und äusserst besorgt zurücklässt. Die Fraktion SVP spricht von Wischi-Waschi-Lösungen, weil nicht ein Steuerfuss von 120 % beantragt wurde. Als ob ein solcher eine Chance gehabt hätte im Parlament. Der Stadtrat hat massiv Positionen gestrichen, gekürzt oder verschoben in seiner Budgetberatung. Heute Abend wurde dem Stadtrat gesagt, dass er bei einem Kinderspielplatz, einer Treppe oder bei einem Auto, welches als Arbeitsmittel dient, sparen soll. Das sind drei Positionen. Das Parlament hat keine Lösungen oder Ansätze dazu aufgezeigt. Dauernd wird vom zu stark steigenden Personalaufwand gesprochen und dabei darf nicht nur das Bevölkerungswachstum berücksichtigt werden. In Schlieren gibt es annähernd gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind Dynamiken, die sowohl Aufwand generieren, als auch zu Steuereinnahmen führen. Die wachsende Wirtschaft ist eine grosse Chance für die Stadt. Dieses Wachstum darf nicht durch fehlende Gelder abgewürgt werden. Die Unternehmen bestätigen immer wieder, dass sich die Stadt auf dem richtigen Weg befindet. Aber dieser Weg kann nur mit Investitionen weitergegangen werden. Darüber hinaus hat die Verwaltung im Moment, bedingt durch das starke Wachstum, sprungfixe Kosten. Stadtbüro und Bibliothek müssen beispielsweise mit mehr Personal ausgestattet werden, weil sie seit Jahren unterbesetzt sind. Auch der steten Forderung nach besserer Kommunikation will der Stadtrat nachkommen. Die Anstrengungen des Stadtrats und der Verwaltungsangestellten in Bezug auf Sparmassnahmen werden vom Parlament einfach übersehen. Die Fortschritte der Stadt Schlieren in den letzten 20 Jahren, wünschen sich viele Städte. Das Parlament ist aufgefordert, dieses Kaputtsparen nicht zu unterstützen.

Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gibt den Abstimmungsplan gemäss § 70 der Geschäftsordnung bekannt. Es erfolgt die Abstimmung gemäss § 72 GesO über gleichgeordnete Anträge. Jede Person hat eine Stimme. Falls ein Antrag die absolute Mehrheit hat, ist die Entscheidung gefallen. Falls nicht, fällt jener Steuerfuss, der am wenigsten Stimmen erhält, weg. Beat Kilchenmann stellt fest, dass keine Einwendungen bestehen und gelangt zur Abstimmung

#### **Abstimmung über die gleichgeordneten Anträge zur Festsetzung des Steuerfusses**

111 %: 18 Stimmen

114 %: 6 Stimmen

116 %: 10 Stimmen

Das absolute Mehr beträgt 17 Stimmen. Somit hat der Antrag der RPK-Mehrheit für einen Steuerfuss von 111 % das absolute Mehr erreicht.

Das entsprechend angepasste Budget wird mittels Präsentation gezeigt. Parlamentspräsident Beat Kilchenmann stellt fest, dass das Wort dazu nicht gewünscht ist und gelangt zur Schlussabstimmung.

**Das Gemeindeparlament beschliesst mit 24 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen:**

1. Vorlage Nr. 12/2021: Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses 2022:

a. Budget 2022 mit den durch das Gemeindeparlament beschlossenen Änderungen

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>Fr.</b>
Gesamtaufwand	177'179'300.00
Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	<u>109'577'300.00</u>
<b>Zu deckender Aufwandüberschuss</b>	<b>-67'602'000.00</b>

**Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen**

Ausgaben	21'292'400.00
Einnahmen	<u>1'450'000.00</u>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>19'842'400.00</b>

**Investitionsrechnung Finanzvermögen**

Ausgaben	510'000.00
Einnahmen	<u>350'000.00</u>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>160'000.00</b>

**Erfolgsrechnung**

Zu deckender Aufwandüberschuss	<b>-67'602'000.00</b>
Steuerertrag bei 111 %	<u><b>58'941'000.00</b></u>
Aufwandüberschuss	<b>-8'661'000.00</b>

b. Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2022 auf 111 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von Fr. 53'100'000.00. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zu Lasten des zweckfreien Eigenkapitals.

2. Mitteilung an

- Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
- Archiv

Präsident

Sekretärin

Stimmenzählende